

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

28. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Hausfuchungen bei Justizbeamten.

## Strafbare Handlungen der Anklagebehörde im Barmat-Verfahren. - Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten und Deutschnationalen.

Wolffsbureau teilt mit: Die Berliner Kriminalpolizei nahm heute morgen verschiedene Durchsuchungen in einem politischen Nachrichtenbureau, in der Cöhnowstr., vor, das die Quelle zahlreicher ansehenerregender Veröffentlichungen in der Barmat-Kutischer-Angelegenheit gebildet hat, ferner bei Angestellten dieses Bureaus, sowie bei zwei Justizbeamten, die mit der Bearbeitung jener Sachen beschäftigt waren. Das kriminalpolizeiliche Vorgehen gründet sich auf den Verdacht verschiedener Straftaten, u. a. der unbefugten Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines schwebenden Strafprozesses.

Die von der Durchsuchung Betroffenen wurden bei der Kriminalpolizei bereits einer ersten Vernehmung unterzogen. Nach Abschluß der polizeilichen Vernehmungen werden die Vorgänge der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit zugewiesen werden.

Wie wir hören, sind die Maßnahmen der Kriminalpolizei erfolgt auf Grund eines umfangreichen Materials, das den Behörden vor einiger Zeit zugeleitet wurde. Aus diesem Material, das vordem auch uns vorgelegen hat, teilen wir der Öffentlichkeit einige wesentliche Tatsachen mit.

Dieses Material erbringt den Nachweis, daß die ganze Barmat-Angelegenheit von Anfang an keine kriminalistische, sondern eine politische, auch von der Staatsanwaltschaft politisch aufgelegene Angelegenheit war, die sich gegen die republikanischen Parteien, hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum, aus Anlaß der damals bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen richtete. Es war noch eine Erweiterung des Angriffs geplant, bei dem auch die Demokraten mit einbezogen werden sollten. Für diese Erweiterung war ein umfangreiches, aus den Deutschen Werken entnommenes Material, in Aussicht genommen worden, zu dessen Verwertung es jedoch aus Gründen, auf die wir noch einmal zurückkommen werden, nicht gekommen ist.

Auf jeden Fall steht das eine fest, daß in der ganzen Barmat-Angelegenheit die Staatsanwaltschaft,

namentlich die Herren Assessor Caspari und Assessor Ruhmann sowie Oberstaatsanwalt Klode in engerer Fühlung mit Stellen der Deutschnationalen Volkspartei gearbeitet

und diesen das ihr amtlich bekannt gewordene Material zur publizistischen Verwertung zugeleitet hat, daß für diese Hilfeleistung einzelne der genannten Herren Gefälligkeiten und Versprechungen erhalten haben, die wohl das Kernstück der kommenden kriminalistischen Untersuchung bilden müssen.

Im einzelnen wollen wir heute folgendes mitteilen:

Bei der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin W. 9, Bernburger Straße 24, II., war unter einem früheren Oberregierungsrat Goebel ein besonderes Bureau für die Bearbeitung und politische Ausschlichtung der Barmat- und mit ihr zusammen genannter Angelegenheiten eingerichtet worden. Von diesem Bureau liefen die Fäden zu einem zweiten Bureau, das sich Berlin W. 35, Bülowstraße 60 mit der Telefonnummer Rollendorf 6662 in der Wohnung eines Herrn von Beaulieu befand. Eine Dame, die als Tochter des Herrn von Beaulieu bezeichnet wird, wirkte in dem Bureau als Sekretärin.

Der eigentliche Vetter des Bureaus jedoch war ein gewisser Ernst Knoll, wohnhaft in Oberschöneweide, Luisenstraße 28. Knoll arbeitete aber nicht unter seinem richtigen Namen, sondern nannte sich meist Dr. Kluge, später aus einem gewissen Anlaß auch Klausung. Angestellt an diesem Bureau war ein Kaufmann Fritz Kranz, Berlin-Friedenau, Bouterstraße 27, ferner her von der Ehrhardt-Brigade her bekannte Kapitänleutnant Kautter, Berlin-Schöneberg, Mohlstraße 22. Es kamen dann später noch hinzu: der für die Rechtsparteien schriftstellerisch tätige Wolfgang Breithaupt, wohnhaft Schöneberg, Mohlstr. 73, bei Fehner, jüngst bekannt geworden durch die Herausgabe eines Buches im Sinne der Dolchstoßlegende, und der Journalist Werner Mühlberg, Berlin W. 57, Potsdamer Straße 83.

Sehr interessant ist ein Blick auf die Geldgeber, die dieses Bureau finanzierten. Die namhaftesten Beträge für den Erwerb von Material und die Gehälter der Angestellten liefen zunächst über Herrn Badmeister, den Berliner Vertreter der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, Berlin S.W. 11, Großbeerenstr. 511. (Rollendorf 4067). Später trat als Geldgeber auf der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Leopold, Direktionsmitglied des Mitteldeutschen Braunkohlenyndikats. Die von ihm ausgestellten Schecks liefen über das Bankhaus Desbrück, Schiller u. Co. in der Mauerstraße.

Das Bureau stand in engerer Fühlung auf der einen Seite mit der deutschnationalen Presse, auf der anderen Seite mit der Staatsanwaltschaft. Es fanden eine ganze Anzahl von Konferenzen statt, an denen Herren des Bureaus, wie der genannten beiden Seiten teilnahmen, so im Restaurant „Weinpfuhl“, Könnigsgräber Straße, in einer Bierneipe, Bülowstr. 74, in einer Bierneipe auf

dem Südwestkorso (Stammlokal des Herrn Assessor Ruhmann), zuletzt erst vor kurzer Zeit in einem Berliner Hotel.

Die Beziehungen des Bureaus zur Rechtspresse waren außerordentlich enge, wofür eine sehr umfangreiche und vorliegende Korrespondenz Zeugnis ablegt. Es wurden namentlich Briefe gewechselt mit der „Deutschen Zeitung“ und den mit diesem Blatt in Zusammenhang stehenden Herren Freiherr von Sodenstern, Oberfinanzrat Bang, Herr von Herberg usw., mit Herrn Dr. Destreich von der „Berliner Börsenzeitung“ (dem Gönner des Herrn Tammengaps), mit Herrn Funf vom gleichen Blatt, mit der inzwischen entschlafenen „Nationalpost“, mit der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ u. a. m. Besonders interessant ist, daß dieses Bureau auch enge Beziehungen zu der hugenbergschen „Telegraphen-Union“ unterhielt und zwar durch deren Redakteur Herrn Gemes. Das Zusammenspiel dieser Pressestellen war genau geregelt. Sollte z. B. der Berliner Ursprung einer Rolle verschleiert werden, so ging diese an die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld und wurde erst aus dieser rückübernommen. Zur Verbreitung der gleichen Sache an mehrere Blätter wurde die „Telegraphen-Union“ benutzt und zwar in folgender Weise (es handelt sich wahrscheinlich um die Verbreitung des widerrechtlich veröffentlichten Kammergerichtsbeschlusses in Sachen Barmats):

Dr. Kluge, Berlin, den 25. Mai 1925. Berlin W. 35, Bülowstr. 60. Tel. Rollendorf 6662, bei v. Beaulieu.

Herrn Chefredakteur Gemes, Telegraphen-Union Berlin, S.W. 61, Bückerstraße 12. Sehr geehrter Herr Gemes!

Unter Bezugnahme auf unser heutiges Telefongespräch übersende ich Ihnen beifolgend 4 Abschriften eines Dokuments, an dessen schnellster und breitetester Veröffentlichung größtes Interesse geboten ist. Der Inhalt des Schriftstückes dürfte nach dieser Richtung für sich selber sprechen. Es wird Ihnen wohl schon bekannt sein, daß auf Eingreifen des Justizministeriums die weitere Bearbeitung der Anlage der Staatsanwaltschaft I als der gezielte vorgeschriebenen Dienststelle entzogen und der Generalstaatsanwaltschaft am Kammergericht überwiesen ist. Es muß daher schleunigst dafür gesorgt werden, daß diesem offensichtlichen und parteipolitisch beeinflussten Rechtsbruch der höchsten preussischen Justizinstanz mit aller Energie entgegengetreten wird. Entsprechenden Begleittext überlasse ich Ihnen bzm. den betr. Zeitungen.

Mit deutschem Gruß Ihr sehr ergebener Dr. Kluge. Die sonst das Zusammenspiel funktionierte, dafür aus vielem Vorliegenden nur eine Probe:

# Keine Vertagung des Reichstags.

## Durchpeitschungsabsichten der Regierungsparteien.

Der Kassenauschuß des Reichstages trat am Dienstag, mittags 12 Uhr zu einer Beratung zusammen, in der zunächst der Reichstagspräsident Löbe fragte, ob von irgendeiner Partei, wie das die Zeitungen behaupteten, der Antrag vorläge, die Verhandlungen des Reichstages am Sonnabend abzubrechen. Die Parteiführer erklärten, von solchen Absichten nichts zu wissen. Von deutschnationaler Seite wurde verlangt, daß die Beratung für die Steuergeetze auf bestimmte Tage kontingentiert werden solle. Dem widersprachen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, die damit einverstanden waren, daß zu Beginn der Beratung eines jeden Gesetzes eine Redezeit von einer Stunde bezw. einer halben Stunde gewährt werden müsse. Außerdem müßten bei wichtigen Kapiteln wie z. B. Lohnsteuer und Zugsteuer Redezeiten von einer halben Stunde gewährt werden. Nach hierüber kam eine Einigung nicht zustande. Es wurde zunächst der Präsident gebeten, zusammen mit je einem Steuerfachmann aus jeder Fraktion zu versuchen, einen Plan für die Zusammenfassung von Paragraphen zu entwerfen, die sachlich miteinander in Verbindung stehen. Das solle zunächst für die Einkommensteuer und dann auch für die anderen Geetze versucht werden. Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, daß die Fraktionsmitglieder zur Anwesenheit im Reichstag verpflichtet seien. Es sei anzuerkennen, daß die Kompromißparteien, für die Präzision des Hauses zu sorgen hätten. Bezeichnend war, daß Herr von Graefe als Vertreter der Völkischen sich angesichts der Geschäftslage des Hauses für die Durchpeitschung der vorliegenden Vorlagen aussprach.

### Im Zollausschuß wie immer.

#### Die Zöllner schweigen in allen Sprachen.

Im Zollausschuß war heute morgen von der Reproduktion, die sich sonst überall und namentlich im Plenum bemerkbar macht, nicht das Geringste zu merken. Der Vorsitzende leitete ruhig wie immer die

Dr. Kluge, Berlin W. 35, Bülowstr. 60. Tel. Rollendorf 6662. An die Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“, Berlin S.W. 11, Hedemannstr. 12. Berlin, den 5. Mai 1925.

In der Anlage sende ich Ihnen beifolgend Abschrift eines Artikels der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, die ihrerseits Bezug nimmt auf die „Berliner Börsenzeitung“ vom Sonnabendnachmittag Nr. 204. Die „Börsenzeitung“ wird morgen früh ihrerseits wieder auf die „Bergisch-Märkische Zeitung“ reagieren und wäre es zur Erreichung des in Rede stehenden Zweckes sehr erwünscht, wenn auch Sie dann, und zwar in Ihrer nächstfolgenden Nummer die Angelegenheit entsprechend aufgreifen und kommentieren.

Ich bitte Sie, mir von der betreffenden Ausgabe einige Belegexemplare zu übermitteln, da ich dieselben bringen benötige, und zwar an die Adresse von Beaulieu, Bülowstr. 60.

Mit deutschem Gruß gez. Kluge.

Es tauchen sonst noch im Zusammenhang mit diesem Bureau auf: Der Brunnen-Verlag (Karl Winkler), in dem die berühmte Barmat-Broschüre des deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold erschien, Herr Mahraun (Cassel), der bekannte Gründer des Jungdeutschen Ordens, sowie eine Anzahl deutschnationaler Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Vor allem natürlich Herr Besold, der Geldgeber vom Mitteldeutschen Braunkohlenyndikat.

Woher stammte nun das Material, mit dem das Bureau diese Stellen versorgte? Es waren zum Teil gestohlene Akten aller Art zum großen Teil aber stammte es direkt von der Staatsanwaltschaft, die dem Bureau willig nicht nur Einblick in die Barmat- u. m. Akten gewährte, sondern ihm sogar leihweise einzelne Originaldokumente aus den Akten zur Vorlage an deutschnationale Journalisten und Abgeordnete, sowie von der Staatsanwaltschaft gefertigte Abschriften wichtiger Dokumente überließ.

In dem berühmten Zimmer 670 bezw. 671 Roabit, wo die Sachen Barmat und Kutischer bearbeitet wurden, gingen die Angestellten des Bureaus täglich ein und aus. Herr Dr. Kluge-Knoll war mit Herrn Assessor Ruhmann, sowie mit Herrn Assessor Caspari, eng befreundet, mit Ruhmann duzte er sich sogar und ging oft mit ihm zu Kneipereien, bei denen meist Kluge-Knoll die erhebliche Jeche bezahlte. Auch Herr von Beaulieu, der Inhaber des Bureaus, war mit Ruhmann bekannt. Er begleitete ihn noch im Juli auf der Ferientour mit

Sitzung und die Rechte schweig dazu in allen Sprachen. Nur zwei Vertreter der kleinen und mittleren Landwirtschaft beteiligten sich an der Debatte. Im übrigen war es den Sozialdemokraten allein überlassen, die Interessen der großen Masse der Konsumenten bei den wichtigen Artikeln Vieh, Fleisch, Geflügel, Eier und Fette aller Art zu vertreten. Eingeleitet wurde die Aussprache durch den Abg. Gerauer (Bayern. Vpt.), der mit Entschiedenheit und Nachdruck Fülle auf Vieh und Fleisch verlangte. Dem Bauernvertreter antwortete Genosse Wurm, die sich durchaus damit einverstanden erklärte, der Landwirtschaft, insbesondere den kleinen Besitzern, helfen zu wollen. Diese Hilfe sei jedoch unmöglich zu bringen durch den lächerlichen Zolltarif, der vor allen Dingen die Möglichkeit vereitelt, die Betriebe der kleinen Landwirtschaft in wünschenswerter Weise rentabel zu gestalten.

Genosse Nemik betonte, daß wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Pläne der Regierung der Zollparteien wenden müßten, nicht aus agitatorischen, sondern aus volkswirtschaftlichen und volksgesundheitlichen Gründen, die bei den maßgebenden Faktoren zugunsten einer kleinen Clique vollständig außer Acht gelassen seien. Der schleswig-holsteinische Besitzer Hanken, ein Wirtschaftsparteiler agitierte vornehmlich gegen die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch. Genosse Hülberding wendete sich kurz gegen den Wirtschaftsparteiler unter Hinweis auf die früher gepflogenen Diskussionen, in dem er noch einmal darauf hinwies, daß wir unter allen Umständen das Rohprodukt zollfrei behalten wollten, um dadurch der Veredelungswirtschaft billigere Produktionsmöglichkeiten zu schaffen. Dann verlangte er eine Auskunft darüber, wie sich die Regierung die Durchführung der in dem Antrag der Kompromißparteien vorgesehene Verteilung von Gefrierfleisch an Rinderbemittele denke, ohne daß die Gefahr nicht geringer Schikanen damit verbunden sei. Die Regierung schwieg sich vorläufig aus.

(Die Verhandlungen gehen bei Schluß der Redaktion weiter.)

Herrn Kaufmann **Borchharter Segelfahrt „Schwalbe“**, zu deren Anschaffung der von Haus aus vermögenslose Herr Wessler in diesem Jahre plötzlich die Mittel hatte. Es handelt sich dabei nicht um ein kleines Fahrzeug, sondern um eine große Seegehende Yacht, die über den größten Teil der Ostsee bis nach Wisby auf Gotland (Schweden) ging. Auf dieser Tour wurde Herr Dr. Kaufmann auch von dem Kriminalassistenten Gang begleitet. Auf der Rückreise liefen die Argonauten der „Schwalbe“ Danzig und Kolberg an, wobei ihnen jedesmal das Geld ausging. Durch Herrn Kluge-Knoll wurden ihnen jedesmal — und zwar an die Adresse des Herrn Kaufmann — Geldbeträge nachgeschickt und zwar aus Geldern, die Kluge vorher von Herrn Leopold hatte abholen lassen. Die genaue Abrechnung dieser Beträge nach Höhe, Postamt und Tag steht fest. Der eine Betrag ging vom Postamt W 9 am 15. Juli 1925 an Kaufmann, Kolberg, an Bord der „Schwalbe“, der andere Betrag am 11. Juli 1925, Postamt W 9 nach Danzig. Gegenüber seinen Angestellten äußerte sich Kluge-Knoll öfter dahin, er könne ihnen das Gehalt nicht voll auszahlen, weil er zuviel an Kaufmann zahlen müsse.

Die Staatsanwälte nahmen auch an den genannten Konferenzen teil, so z. B. trafen sich im Februar 1925 Knoll und Oberstaatsanwalt Bang mit den Staatsanwälten Kaufmann, Pelzer und Caspary in einem Restaurant gegenüber dem Kriminalgericht, Knoll, Beanslu und Breithaupt mit Staatsanwaltschaftsleiter Kaufmann im Rai 1925 im Bureau Bülowstraße 60 zu einer Besprechung, die von besonderer Bedeutung ist.

well hier nämlich die Veröffentlichung des Kammergerichtsbeschlusses in Sachen Barmat beschlossen wurde als Gegenstand gegen das Justizministerium.

Das im Hofe-Ausschuß von den Staatsanwälten abgerückt sei. Diese Veröffentlichung erfolgte dann auf Grund einer Abschrift, die Kaufmann dem Bureau herstellen ließ.

Eine besondere Rolle spielt auch Herr Dr. Weis, der Leiter der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei. Er war es, der einen Betrag von 10 000 M. für den Erwerb eines Aktienmaterials von drei Kisten Umfang aus den Deutschen Werten versprach und 5000 M. anzahlte. Das Material gelangte zu Breithaupt. Als nun wegen der restlichen 5000 M. Streitigkeiten zwischen verschiedenen Stellen entstanden und mit der Fortschaffung des Materials aus Breithaupts Wohnung beschafft wurde, sicherte Herr Wessler Kaufmann dem Bureau den Besitz, indem er pro forma das Material durch folgende Verfügung beschlagnahmte:

#### Abschrift.

Der Generalstaatsanwalt Berlin den 7. April 1925.  
bei dem Landgericht I.  
13. J. 845. 24.  
2. J. 25. 25.

Strafsache gegen Barmat-Kaufmann.  
Das bei Herrn Breithaupt, Berlin-Charlottenburg, Mohrstr. 73, bei Fedner wohnhaft, befindliche Aktienmaterial ist bis auf weiteres vorläufig sicherzustellen.  
J. A. Kaufmann.

Diese Beschlagnahme war nur ein Scheinmanöver, denn das Material blieb bei Breithaupt liegen, ohne daß Herr Kaufmann aus seiner Verfügung irgendwelche praktischen Konsequenzen zog.

Interessant ist es auch, daß sowohl Herr Wessler Kaufmann wie einzelnen Angehörten des Bureaus vom Mitteldeutschen Braunkohlenhandel Stellen mit hohem Gehalt versprochen wurden für den Fall, daß ihnen „etwas passieren“ würde.

Als Herr Kaufmann in Urlaub ging, übernahm Caspary seine Vertretung bei dem Bureau. Er beantragte bald darauf, als das Justizministerium die Staatsanwälte in der Barmat-Sache abberief, ein Disziplinarverfahren gegen sich selber, ließ den Antrag durch das Bureau der Öffentlichkeit durch die rechtsstehende Presse mitteilen, noch ehe er dem Justizministerium vorlag.

Soviel wollen wir vorläufig mitteilen, obwohl mit unseren Angaben nur ein Teil des Tatbestandes erschöpft wird. Wir sprechen die Erwartung aus, daß die zuständigen

Stellen mit aller Energie die reifere Klarstellung dieser Vorgänge betreiben werden, die wohl in der Geschichte der deutschen Staatsanwaltschaft unerhört dastehen.

## Er weint über seine Partei!

### Eine dramatische Szene im Bippeschen Landtag.

In einer Sitzung des Bippeschen Landtags hat sich jüngst — wie unser Bielefelder Parteiblatt mittelst — ein Vorgang abgespielt, der verdient, daß man ihn in allen Einzelheiten für immer festhält. Die sozialdemokratische Fraktion hatte neben einigen Fragen an das Landespräsidium dem Landtage auch den Antrag unterbreitet, das Landespräsidium zu ersuchen, dem Landtage Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie den durch die Verabschiedung der Aufwertungsgesetze im Reiche um alle Hoffnungen betrogenen Sparern die dringend notwendige Hilfe gebracht werden kann.

Nach der Begründung durch den Abg. Grothof, der sich durchaus auf wichtige, sachliche Gesichtspunkte beschränkt hatte, zeigte der deutschnationalen Abgeordnete Kaufmann aus Lemgo einige Reue, die Debatte auf das Gebiet parteipolitischer Auseinandersetzungen zu schieben. Der Landtag folgte diesem Versuche indessen nicht. Nach einer etwas wehleidigen Darlegung des Abg. Treviranus (Dnat.) über die Gründe, die ihn bewogen hätten, dem „Kompromiß“ zuzustimmen, und nach längeren Ausführungen mehrerer Abgeordneter aus allen politischen Lagern, erhob der alte, seit langer Zeit kränkliche Abg. Krieger (Dnat.) die Hand zum Zeichen, daß er sprechen wollte. Als er dann das Wort bekam, hatte sich Herr Treviranus schon fortbegeben.

Was Herr Krieger wollte, wurde gleich bei seinen ersten Worten klar, er bedauerte nämlich, daß „er“ — gemeint war Herr Treviranus — nicht mehr anwesend sei. „Ich wollte ihm die Devoten lesen!“ — Und dann kam eine eindringliche Anklage gegen — die Deutschnationalen im Reichstage! Rühmlich nach Worten suchend, und nur mit Anstrengung sich aufrecht haltend, so klagte der greise ehemalige Führer der lipp. Deutschnationalen seine eigene Partei an. Inzwischen war Herr Treviranus von unseren alten Freunde Schmalz wieder in den Saal geholt worden. Als schließlich Herr Krieger von der materiellen Not des jungen Nachwuchses der Aufwertungsbetrogenen sprach, übermannte ihn die innere Bewegung. Die heißen Tränen traten ihm in die Augen und rannen über die Wangen. Außerstande, weiterzusprechen, brach Krieger seine Rede ab.

Der Landtag stand unter dem erschütternden Eindruck dieses Vorganges. Treviranus versuchte, merkwürdig matt, zu trösten, und es war wohl mit die Folge des Kriegerischen Zusammenbruchs, daß der ganze Landtag dem sozialdemokratischen Antrage zustimmte.

## Umgruppierung im Sanktionsgebiet.

### Noch keine Entlastung der Bevölkerung.

Duisburg, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Sanktionsgebiet finden grundlegende Umgruppierungen der französischen Truppen statt. Die Pressemeldungen, nach denen Militärtransporte aus dem Sanktionsgebiet erfolgt seien, sind dahin richtigzustellen, daß es sich lediglich um Truppenteile der im Duisburg-Ruhrorter Brückenkopf vorübergehend stationierten Truppen des belgisch-französischen Ruhrdepartements handelt. Von den im Sanktionsgebiet stationierten französischen Truppen der Ruhrarmee haben 2 Batterien Artillerie Duisburg verlassen. Ferner ist der in Duisburg bisher einquartierte Stab des Befehlshabers der belgischen Truppen der Ruhrarmee aus Duisburg abgerückt. Entgegen anders lautenden Meldungen ist eine Entlastung der unter der Befragung durch Wohnungsnot schwerleidenden Bevölkerung bisher nicht erfolgt.

### Nationalistischer Unfug

Essen, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder der nationalen Verbände Essens beabsichtigen, nach der endgültigen Räumung Essens unter Heranziehung von reaktionären Mannschaften aus allen Teilen Deutschlands einen großen Deutschen Tag in Essen zu veranstalten. Bezeichnend für das Treiben der Nationalisten ist, daß eine Anzahl Geschäftsleute aufgefordert wurden, sich mit schwarzweißem Fahmentuch einzudecken, um der zu erwartenden außerordentlichen Nachfrage nachkommen zu können.

## Verfassungsfeier der Staatsregierung.

Der Amtliche preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, am Abend des 11. August eine Verfassungsfeier unter Mitwirkung sehr namhafter künstlerischer Kräfte zu veranstalten. Die Abendfeier wird wahrscheinlich in einem der Staatstheater oder einer der staatlichen Hochschulen stattfinden; nähere Mitteilungen über das Programm werden in Kürze gegeben werden.

## Die Paktverhandlungen.

### Vorbereitung der Antwort auf das deutsche Memorandum.

Paris, 28. Juli. (WZB.) „Pest Journal“ berichtet: Der Justiziar im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Fromageot, ist aus London zurückgekehrt, wo er wiederholt mit dem Justiziar des Foreign Office, Sir Cecil Hurst, verhandelte. Es habe sich hierbei um die Antwort auf das deutsche Memorandum und um die Vorbereitung des Sicherheitspakts gehandelt.

### Annäherung des französischen und des englischen Standpunktes.

Paris, 28. Juli. (WZB.) Der englische Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat Sir Eric Phipps, hatte gestern eine Unterredung mit dem Generalsekretär im Ministerium des Äußeren Philippe Berthelot, in deren Verlauf über den Eindruck gesprochen worden sein soll, den die deutsche Sicherheitsnote in London hervorgerufen habe. Nach dem „Zeit Parisien“ soll der französische Botschafter in London neue Weisungen erhalten haben, nach denen er bei den künftigen Verhandlungen mit Staatssekretär Chamberlain die französische Auffassung über einige internationale Rechtsprobleme, die durch die deutsche Note vom 20. Juli ausgeworfen worden seien, darzulegen habe. Das Blatt glaubt ferner zu wissen, daß die französische und die englische Auffassung, namentlich in der Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund sowie hinsichtlich der entmilitarisierten Zone am Rhein und der Gestaltung der Schiedsgerichtsbarkeit sich schon wesentlich einander genähert hätten. Aber die britische Regierung scheine die Garantie bei den Schiedsgerichtsverträgen, die zwischen Deutschland und Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen werden sollen, immer noch anders aufzufassen als in Paris.

London, 28. Juli. (WZB.) „Manchester Guardian“ weist in einem Londoner Bericht darauf hin, daß die britische Stellung in den Paktverhandlungen heikel sei. Besonders die deutsche Note enthalte vieles, was England nicht annehmen könne. Andererseits wünsche man nicht, Schwierigkeiten zu schaffen oder der deutschen Opposition in die Hände zu arbeiten. Die Paktverhandlungen würden nur langsam fortschreiten. Die Regierung beabsichtige, mit Paris einen Reinigungsantrag zu pflegen, aber nicht eine gemeinsame französisch-britische Front gegen die Deutschen zu vereinbaren.

## Das armenische Problem.

### Ein Siedlungsplan des Völkerbundes.

Oslo, 28. Juli. (WZB.) Fridtjof Nansen gab gestern nachmittag Pressevertretern einen Überblick über die Unternehmungen, die er im Auftrage des Völkerbundes vorgenommen hat, um die Möglichkeiten festzustellen, den armenischen Flüchtlingen in russisch-Armenien eine Existenz zu schaffen. Nansen führte aus, russisch-Armenien müsse zurzeit als überbevölkert angesehen werden, es bestehe jedoch die Möglichkeit, noch viel mehr Menschen dort Existenzmöglichkeiten zu schaffen, besonders durch die Entwicklung des Bewässerungssystems. Ein englischer, ein französischer und ein italienischer Sachverständiger auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Bewässerung hätten an der Untersuchung teilgenommen. Nansen schlägt die Aufnahme einer Anleihe von 9 Millionen Goldrubel für Neubauten vor. Nach seiner Ansicht werde es leicht sein, eine solche Anleihe aufzulegen, da die Sicherheit recht gut sei. Der Plan zu den Bauarbeiten werde in den nächsten Monaten fertiggestellt sein, es werde jedoch zwei bis drei Jahre dauern, bis das Bewässerungssystem derart ausgebaut sei, daß die Armenier mit der Besiedlung beginnen könnten. Nansen versucht, die Anleihe durch den Völkerbund zu regeln.

## Sehnsucht!

Spät am Tage erst, laßt ist es schon die erste Abendstunde, wenn das silberne, singende Wasser mir über Haupt und Körper fließt, werde ich Mensch. Dann fühle ich mir das nervenzerrübende Rattern der Maschinen, die schnauzende Stimme des Meisters aus den Ohren. Del, Schweiß, Schmutz rinnen von mir nieder, mein Körper atmet auf. Aus den Augen richte ich mir das Bild des Tages, den heubloßen Fabrikhof mit seinen laufenden Treibriemen, züngelnden Flammen, schwingenden Rädern. Den Anblick der hundert Menschen, die in Dunst und Hitze, mit trummern Rücken, hohlen Wangen, träuben Augen sich die Quelle ihres Lebens, das Brot verdienen.

Ich ziehe mir andere Kleider an. Gehe auf die Straße. Sieht, wo die Sonne am Sinken ist, merke auch ich, daß sie scheint. Von der Sekunde am frühen Morgen, wo die weckende Glocke mich aus schwerem Schlafe reißt, bin ich nur totes Rad im Iron des Alltags. Ich darf nicht fühlen, nicht denken. Schon in ganz jungen Jahren habe ich es mir verboten, vor Freierabend zu fühlen und zu denken. Ich fürchte mich vor meinem Schreien, wenn ich mein Verbot übertrete. Nur eine Sekunde fühlen, nur einen Augenblick denken in diesem heißen Fabrikhof, ich würde schreien, wüß schreien.

Jetzt also bin ich Mensch. Ein anderer Körper in ganzen Kleidern. In der Mitte sehe ich mich auf eine Bank. Eine Frau geht vorüber. Jung ist sie — und schön. Sie trägt ein dufteltes Kleid. Die Abendsonne hat leuchtende Flammen in ihre Augen gesetzt. Die Frau lächelt — der Zauber eines Sommerabends liegt in diesem Lächeln. Doch — das Lächeln gilt nicht mir — dem Herrn dort, dem sie die Hand jetzt reicht, der ihr in die leuchtenden Augen blicken darf. Ach — der Herr trägt ja auch einen viel feineren Anzug als ich; — er wird auch nicht so schwierige Hände haben.

Ein Automobil, hoch mit Koffern besetzt, fährt vorbei. Da bricht es wieder auf in mir, das, was ich mit aller Kraft niedergehalten. Ich springe auf. Wie schnell meine Füße sind. Da streben auch schon die Wärme meines Zieles aus dem Häusermeer. Jeden Abend, wochenlang schon, treibt es mich. So lange schon die Luft auch in der großen Stadt den Menschen sommerwarm umschmeißelt. Jeden Abend sehe ich am Fernbahnhof, die Menschen zu sehen, die in die Welt hinaus ziehen. Die den Sommer schauen dürfen.

Ich sehe sie in eiliger Hast, mit einem glücklichen Lachen in den Augen. In geheimer Sorge, den Zug zu verpassen. Es sind jene, die auf vierzehn Tage für großenteils erspartes Geld in den Sommer fahren, ihn zu trinken, zu erleben.

Dann die anderen, die sich die großen Gepäckstücke nachtragen lassen. Mit müden Gesichtern steigen sie in ihr Abteil, sie müssen ja reisen. Ihr Geld, ihre Stellung erfordert es.

Nicht an der Sperre stehe ich. Meine Augen brennen! In meinem Herzen ist heisse Sehnsucht, Sommersehnsucht! Wenn ich dem Beamten hier ein gutes Wort gäbe, daß er mich hindurchlasse,

und ich den Zug erreiche? Wenn ich ihn vor die Brust stehe, wenn er die Fahrkarte von mir verlangt, und hindurchläßt? Andere würden mich fangen und halten, einsperren würden sie mich. Ich käme nie in den Sommer.

Der Zeiger der großen Uhr rückt vor. Rufe erschallen, lehtes Hosten. Der Rotbemühte hebt den Stab. Die Räder knirschen. Der Zug zieht an. Mir wird es dunkel vor den Augen. Mein Körper geht im Rhythmus des fahrenden Zuges. — — —

Blühende Wiesen — lustende Wecker. — Dörfer im Sommergold der Sonne. — Raufschende Wälder um tiefblaue Seen. — Das Meer, das unendliche Meer — schaumgekrönt — freilebend! Fern die Berge — wie sie juchzend in den Himmel schneiden. — Grün leuchten die Matten. —

„Was stehen Sie denn hier noch? Gehen Sie doch endlich weiter!“

„Wer — Verzweiflung. — ich habe nur dem Zuge nachgeschaut, Herr Stationsvorsteher!“

Heiß atmet das Häusermeer. Die Stadt tönt ihr nächtliches Lied. Erschauernd ziehen die Sterne sich Wolkenfleier über ihr silbernes Leuchten. Irgendwo muß doch Sommer sein?

Die Welt ist schön — und für die Menschen da — und sie gehört doch nur dem Menschen. —

Schlafen will ich. Bald ruft die Glocke wieder. Hundert Menschen in Dunst und Hitze. Schmutz — Schweiß — der Meister schimpft. Nicht fühlen — nicht denken! Ich will nicht das wilde Schreien meiner Sehnsucht hören.

Edener über die Möglichkeiten des Luftschiffverkehrs. Im Rahmen der vertehrwissenschaftlichen Woche in München sprach Dr. Edener über die Möglichkeiten des Luftschiffverkehrs. Die Gründe, weshalb ein Luftschiffverkehr in nennenswertem Maße bisher sich nicht entwickelt habe, erblickt Edener in erster Linie in dem noch nicht absolut durchgedrungenen Vertrauen zu der Fahrtsicherheit. Es sei eine der größten Ironien, daß diejenigen Völker, die vom Luftschiffbau nichts verstanden, das deutsche Volk, das hierin Erfahrungen besitzt und wirklich einen Weltluftschiffverkehr zu schaffen in der Lage sei, daran hinderten, diese Erfahrungen zum Nutzen der Welt zu gebrauchen. Die Frage, ob das Luftschiff die ihm vorbehaltenen Strecken mit größter Sicherheit durchfahren könne, sei vollständig zu bejahen. Auch die besonders wichtige Frage, wie es mit der Rentabilität eines Luftschiffes stehe, könne im günstigen Sinne beantwortet werden. Dr. Edener gab eine genaue Rentabilitätsberechnung einer der geeignetsten Strecken für den Luftverkehr — Sevilla — Buenos-Aires —, die bei einem Kapital von 43 Millionen eine Verzinsung von 22½ Proz. in Aussicht stellen würde. Zum Schluß seiner Ausführungen streifte er die Frage eines Polarfluges mit Hilfe des Luftschiffes, der besonders geeignet sei, den Glauben an die Sicherheit des Luftschiffes für den Weltverkehr zu vertiefen. Dr. Edener wandte sich gegen die von verschiedenen Richtungen in Deutschland im Zusammenhang mit dem Polarflug gegen ihn vorgebrachten Angriffe. Diese Angriffe seien weniger

heißhörig als die Franzosen. Angesichts dieser Strömungen in Deutschland halte er eine Polarfahrt zusammen mit Amundsen für ausgeschlossen. Er betrachtete jedoch einen Polarflug für das beste Mittel, um das zu vollenden, was mit der Fahrt des Z. R. III begonnen wurde: Der Welt Vertrauen zum Weltluftschiffverkehr zu geben.

Bryan auf den Spuren Christi. Zum Tode Bryans wird noch gemeldet, daß Bryan, der in der letzten Zeit keinerlei Krankheitszeichen spürte, den Plan hatte, im ganzen Lande einen Kampf gegen den Modernismus in der Religion zu entfachen. Am Freitag sprach er in Chatham und zweimal in Winchester. Am Sonnabend kehrte er nach Dayton zurück und erdörte dort in einer öffentlichen Rede die Berufung im Scopes-Prozess. Es ist auch bekannt geworden, daß Bryan einen Plan für eine Pilgerfahrt nach Palästina ausgearbeitet hatte, wo er mit etwa 400 Anhängern den Spuren Christi folgen wollte. In Jerusalem, Beethleem und an anderen Orten wollte Bryan Ansprachen halten und schließlich auf dem Delberg eine Osterbotschaft verkünden.

Weitere Affenprozesse abgelehnt. Der Washingtoner Gerichtshof hat eine Prozeßführung gegen Lehrer, die gleich Scopes die Evolutionslehre lehrten, mit der Begründung abgelehnt, daß eine Mißachtung der Bibel durch die Darwinsche Theorie nicht gegeben sei. Es verlautet, daß die Washingtoner Regierung die durch den Affenprozeß geschaffene Sentation, die sich zu einem Kulturkampf auszuwachsen drohte, endgültig zu begraben bestrebt sei.

Alpuz-Mäuse. Die kleinsten Mäuse der Welt kann man jetzt im Zoologischen Garten in London bewundern. Es sind ihrer sechs; weitere neun sind während der Hinreise abhanden gekommen. Diese winzigen Rager, die im Gambia-Gebiet in Nordwestafrika leben, sind so klein, daß sie durch ein Schlüsselloch gehen. Eine ganze Brut dieser Tiere hat bequem in einer schwedischen Zündholsschachtel Platz. Man kann sich daher leicht vorstellen, was der Wärter dieser Alipuzaner im Londoner Zoologischen Garten für Sorgen hat, daß ihm seine Pflegebefohlenen nicht entlaufen.

Dani Hendeis bräutet Ende dieses Monats seine zweijährige Tätigkeit an der Volkshöhle (Theater am Balkonplatz) mit den letzten Aufführungen des von ihm inszenierten und mitgearbeiteten Lustspiels „Die deutschen Reinhardt“. — Am 1. September tritt Hendeis sein Engagement bei Reinhardt an.

Amerikanische Gelehrte in Deutschland. Unter Führung des Prof. Dr. Eberhard Udden treten am Montag etwa 100 amerikanische Wissenschaftler im Amerika-Institut in der Universitätsstraße zusammen. Zweck ihrer Reise ist in Deutschland, England, Frankreich, der Schweiz, Türkei und Griechenland die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse zu studieren.

Der Moler L'hermisse ist in Paris im Alter von 81 Jahren gestorben. Seine bedeutendsten Werke sind im Luzernberg-Museum aufgestellt.

Jahrbuch für Soziologie. Eine internationale Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Forschungen erscheint jetzt unter dem Titel „Jahrbuch für Soziologie“ im Karlsruher Verlage von G. Braun.

Erforschung des Subpolarerregers? Dr. Gordon vom Londoner St. Bartholomäus-Hospital hat in einer ärztlichen Verlesung in Bath erklärt, es sei ihm gelungen, den Erreger der Subpolarerregung zu entdecken. Man glaubt, daß dadurch die bisherige Methode zur Bekämpfung der menschlichen Pocken eine vollständige Umwandlung erfahren wird.

## Kleingärten und Hindenburg.

### Vorstoß der Verpächter gegen die Kleingartenordnung.

Der Kleingartenbau ist ein leider viel zu wenig beachtetes Kampffeld der Arbeiterklasse. Der Kleingartenbau, der dem großstädtischen Industriearbeiter und Kleinbürger Licht und Luft und eine frische Obst-, Beeren- und Gemüsekost verschaffen soll, ist aber darüber hinaus eine wichtige Angelegenheit der Volksgesundung, ebenso wie Leibesübungen und Sport. Er schafft kulturelle Werte und steigert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Massen.

Der Staat hat das größte Interesse an der Erhaltung der Kleingärten und an dem wirtschaftlichen Schutz der Kleingartenverpächter, wie sie ihnen die „Kleingartenordnung“ vom 31. Juli 1919 gewährt. Selbstverständlich wittern auch die Kleingartenverpächter und Großstadtagrarier unter dem Regime Luther-Hindenburg Morgenluft und schiden sich an, durch einen Antrag an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung das finanzielle und organisatorische Rückgrat der Kleingartenordnungen, die Kleingartenordnung, zu zerbrechen — im Interesse des schrankenlosen Profits. Die Kleingartenordnung beschränkt nämlich mit vollem Recht den Schacher mit Kleingartenland, die Pachtpreise, die Kündigungsmöglichkeiten durch ihre bei den städtischen Verwaltungen eingerichteten „Pachtvereinigungs- und Kleingartenämter“. Den Verpächtern sind natürlich diese Institutionen ebenso verhasst wie den Hausbesitzern die Mietvereinigungsämter und so haben sie in ihrer Eingabe an den Rector Hindenburg eine Breiseite gegen die armen Siedler abgefordert, daß diese nichts Besseres tun können, wie schleunigst ihre Laube einzureißen und ihre Gärten dem Bodenwucher zu überlassen.

Dagegen setzt sich der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands zur Wehr und sagt in seiner Gegendentschrift, die ebenfalls dem „Rector“ überhandt worden ist: „Der Kleingärtner ist trotz der Verbilligung agrarischer Massenprodukte immer noch gezwungen, einen Teil des Lebensmittelsbedarfes im Eigenbau zu erzeugen. Die Aufrechterhaltung einer Art „Zwangswirtschaft“ im Kleingartenbau ist nach wie vor dringend nötig, da die auf dem Boden, der in den meisten Fällen als „Baugelände“ anzusprechen ist, ruhenden Lasten, wie Steuern, Verzinsung der zu spekulativen Zwecken investierten Kapitalien, nicht vom Kleingärtner, sondern vom Baupekulant getragen werden müssen.“

Gegenüber den Vorwürfen der Verpächter, die „Zwangswirtschaft“ der Gartenordnungen verschlinge Unsummen, die in die Kassen der Kleingartenvereine fließen und den Stadtverwaltungen entzogen würden, ist festzustellen, daß der „Beitrag“ zum Kleingartenverein meist 2 bis 3 M. im Jahr beträgt und daß die bescheidenen Funktionen der „Kleingartenämter“ im allgemeinen nebenamtlich von den Kommunen mit versehen werden.

Nun ist der Reichsverband der Kleingartenvereine auf seiner Münchener Tagung gegen die Verpächter zur Gegenoffensive übergegangen und hat den Ausbau der Verordnung zu einem Reichskleingartengesetz in einer Eingabe an die Reichsregierung gefordert.

Auf welche Seite sich der „Rector“ Hindenburg schlagen wird, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Er war es ja, der noch im Krieg die Unterbringung der Kriegsbeschädigten und der heimkehrenden Feldsoldaten auf „Siedlungshöfen“ angeregt und gefördert hat. Wird er imstande sein, die Gärten unserer Siedler vor dem Zugriff des Bodenwuchers zu schützen — wird er den Willen dazu aufbringen?

## Kommunisten und Kriegsbeschädigte!

### Sie schwänzen und schimpfen!

Genosse Erich Rohmann schreibt uns:

Der kommunistische Abg. Weber hat vor einigen Tagen im Reichstag eine Erklärung gegen den „Vorwärts“ verlesen, weil dieser trotz einer sogenannten Richtigerstellung des kommunistischen Abg. Rödel meine Bemerkung wiedergegeben hat, daß die kommunistische Fraktion in beinahe der Hälfte aller Sitzungen des Kriegsbeschädigtenausschusses nicht vertreten war. Da ich das Plenum des Reichstags in der Angelegenheit nicht mehr beschäftigen will, stelle ich hier folgendes fest: Nach den bei den Akten des Ausschusses befindlichen Anwesenheitslisten war die kommunistische Fraktion bei den sechs Litteraturschulungen, die vom 5. Mai bis 26. Mai tagten und wichtige Vorarbeiten für die Novelle leisteten, dreimal überhaupt nicht vertreten.

In den acht Sitzungen, die vom 7. Juli bis zum 15. Juli sich mit der Novelle befaßten, war die kommunistische Fraktion zweimal ohne Vertretung. In der Sitzung vom 14. Juli erschien als einziger Herr Rödel erst gegen Schluß. Auch in den übrigen Sitzungen war die kommunistische Fraktion zeitweise ganz ohne Vertretung, was u. a. die Folge hatte, daß ein großer Teil der kommunistischen Anträge für die erste Lesung nicht rechtzeitig eingebracht und begründet werden konnte, sondern für die zweite Lesung zurückgestellt werden mußte. Tatsache bleibt ferner, daß ich selbst kommunistische Anträge, die sich mit denen meiner Partei inhaltlich deckten oder ihr nahe kamen, vertrat, weil kein kommunistischer Vertreter anwesend war. Ich würde diese Feststellungen nicht getroffen haben, wenn Herr Weber nicht den Mut gehabt hätte, die Sozialdemokratie, die den Kriegsoptionen gegenüber ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat, im Plenum in ruppiger Weise anzugreifen. Ob die Kommunisten nach dieser Arbeit zu solchen Angriffen berechtigt sind, überlasse ich getrost dem Urteil der Kriegsoptionen!

## Gegen die Geheimdiplomatie!

### Ein Artikel Hendersons.

Amsterdam, 28. Juli. (W.T.B.) „Allgemeines Handelsblatt“ bringt in seiner getrigen Nebenabgabe einen „Öffentliche oder Geheimdiplomatie“ überschriebenen Artikel aus der Feder des bekannten englischen Arbeiterführers und Unterhausmitgliedes Arthur Henderson, in der dieser sich scharf gegen eine Fortsetzung der Geheimdiplomatie ausspricht. Der Verfasser führt darin u. a. aus: Der Friede der Welt erfordert nicht nur die Abkehr von der Praxis des Abschlusses von Geheimverträgen, sondern die Verwerfung der Maxime, daß öffentlich abgeschlossene Verträge als unantastbar erachtet werden und daß ihre Schwächen und Folgen niemals revidiert werden dürfen. Die Welt steht nicht still. Im Leben eines Volkes müssen alle Gesetze verbessert und neue in Gebrauch genommen werden. Dieser Prozeß muß sich auch im internationalen Leben fortwährend vollziehen. Töricht sind daher diejenigen, die das Gegenteil glauben und meinen, daß das, was sie heute anordnen und konstruieren, ebenso unabänderlich sei wie Naturgesetze.

Der Sparauschuß des Reichstags hat einstimmig eine von allen Parteien genehmigte Entschließung angenommen, die die Reichsregierung zu erlauben, nach im laufenden Rechnungsjahr den Reichshaushalt der Reichspost vorzulegen und im Reichshaushalt für 1925 im Wege eines Nachtragshaushaltes als Reinsparmaßnahme der Reichspost eine Summe von mindestens 25 Millionen Mark einzulegen.

Reichspräsident von Hindenburg wird in der ersten Hälfte des August voraussichtlich am 12. der bayerischen Regierung seinen offiziellen Besuch als Reichspräsident abhalten.

## Vorort Dresden.

Man fährt mit dem Flugzeug von Berlin nach Dresden in 1 1/2 Stunde. Das ist ungefähr so lange wie wenn man vom Bahnhof Zoo mit dem Vorortzug nach Erkner kriecht. Die praktische Möglichkeit, daß ein in Dresden wohnender Kaufmann, der in Berlin sein Geschäft hat, jeden Morgen mit eigenem Flugzeug nach Berlin fährt und am frühen Nachmittag zurück, ist also gegeben. Ganz abgesehen vom Umstand daß man dieselbe Fahrt auch schon in 3 Stunden mit der Eisenbahn machen kann. Dresden — Vorort von Berlin. Die Dresdener werden sich schon dagegen wehren. Und mit Recht. Denn noch ist ja ihre Stadt ein vollkommen eigenes Gebilde. Noch! Aber wie lange noch? Was sind 50, 70, 100 Jahre?

Immerhin, heute ist Dresden etwas ganz Eigenes und etwas höchst Reizvolles, was der Berliner — man kann es getrost sagen — mit Sammlung und Bescheidenheit betrachten soll. Da ist für den in Dresden Einfahrenden dieser immer wieder aufs neue überraschende Blick von der Eisenbahnbrücke über Stadt und Elbe. Und in dieses wahrhaft großartige Stadtbild schiebt sich ganz leise ein anderes Element hinein. Man wird plötzlich gewahrt, daß die Elbe in Dresden nicht wie in Berlin die Spree in trostlose Raimauern gezwängt wurde, sondern frei zwischen Wiesen dahinströmt. Und auf diesen Dresdener Elbweiden, im Antlitz eines aus der ganzen Welt herbeiströmenden Reizepublikums, breitet sich gemütlich und blütenhübsch — Wäsche zum Bleichen aus. Man stelle sich das in Berlin angesichts des Schlosses oder des Reichstagsgebäudes an der Spree vor. Aber es ist diese Naturnähe, die einen in Dresden immer wieder, auch bei den Menschen, erfreut.

Daß die sächsischen Menschen „gemütsch“ sind, ist gar keine Sage und gar keine Frage. Man mache selber die Probe. Man kommt mit ihnen aus. Und der Berliner, der sich aufregt, wird höchst erstaunt angesehen. Dresdener Schupo zum Beispiel gibt sich anders als der Berliner. Bei dem Dresdener, der übrigens nicht die etelhafte „Dunsttiepe“ trägt, hat man immer das Gefühl, daß er sagt: Ich bin ruhig, während der Berliner oft etwas Gezwungenes, Krampfhaftes und Ueberdilatiertes hat: ich muß ruhig sein! (Der Berliner Verkehr ist nun auch nicht mit dem Dresdener zu vergleichen; er zerfrischt die Kerren der Beamten schneller als dort.) Da steht mitten im Verkehr in Dresden ein ziemlich junger Schupolizist, die Arme ausgestreckt wie ein Wegweiser. Mit der einen Hand winkt er ununterbrochen die Fahrzeuge heran, mit der andern riegelt er den Verkehr ab. Die Handbewegungen sind von einer gewissen lässigen Eleganz. Kein wildes Schlenkern und Schleudern von Arm und Hand, wie man es oft in Berlin sehen kann. Alles klappt vorzüglich. Alles regelt sich ruhig. Chauffeure und Schupolizist scheinen sich zu verstehen. Mancher Chauffeur lächelt. Der Schupo lächelt wieder. Mancher Chauffeur nickt. Der Schupo nickt wieder. Man ist gemütsch. Man ist in Sachsen. Man ist in Dresden. Wann steht man in Berlin daß sich Chauffeur und Schupo anlächeln?

Einen ganz neuen Typus von Autobus hat Dresden. Es sind langgestreckte niedrige Wagen, die wie ins autobuffige übersehnte D-Zug-Wagen aussehen. Sie sind dreiaxlig, fahren und rosen nicht, sondern huschen gewandt eilig und vollkommen geräuschlos durch die Straßen. Sie sehen gut aus, diese Autobusse in Dresden. Und ihre Art zu fahren paßt ganz zu dem Charakter der Stadt und ihrer Bewohner. Der Dresdener zeigt in der Arbeit eine nervenbeherrschte selbstsichere Beweglichkeit und in der Ruhe Wit, Fröhlichkeit und genießerische Behaglichkeit.

## Auch der „Amerikaner“ im Verkehr.

Der amerikanische Probeautobus steht seit Tagen auf der Autobuslinie 5 (Stettiner Bahnhof—Steglich) im Verkehr. Auch dieser Autobus wird wie der Londoner Wagen vom Publikum auffallend bevorzugt. Wenn auch noch Stimmen laut werden, daß der Londoner Wagen insbesondere auf dem überdachten Deck zu eng gebaut ist, so kommt dieser Einwand bei dem amerikanischen Probeautobus ganz in Fortfall. Die Deckfläche werden durch die bessere Anordnung der Sitzplätze — eine doppelreihige Längsbank in der Mitte und zwei Quersitze vorn über dem Führersitz geben sehr bequeme Sitzgelegenheit — von den Fahrgästen gern ausgeliebt. Allein der Umstand, daß die Schaffner der beiden Probeautos täglich durchschnittlich etwa 100 M. mehr abrechnen, zeigt von der großen Inanspruchnahme seitens des Publikums. Ueber die Gründe, aus denen die „Boog“ neuerdings zwei Londoner und zwei amerikanische Wagen aus New York und Chicago in den Verkehr bringt, sind teilweise recht widersprechende Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt. Von gut unterrichteter Seite wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Die Gründe für den Verkehrsbetrieb sind in erster Linie rein technischer Natur. Die im Ausland gelassenen Wagen sind in vielen Teilen der maschinentechnischen Anlage grundsätzlich anders konstruiert wie die üblichen deutschen Wagen. Durch den Verkehrsbetrieb soll festgestellt werden, ob diese Konstruktionen sich besser bewähren als die eine oder andere von den üblichen deutschen. Was die Karosserien anbelangt, so ist die vielbesprochene Londoner Karosserie mit überdachtem Oberdeck nicht ohne weiteres als „Vorbild“ zu betrachten. Die Verwendungs derartiger Karosserien ist in allen Ländern erst neuerdings möglich geworden, seitdem man für Omnibusse sogenannte Niederfahrgeleise baut, deren Rahmen circa 30—35 Zentimeter tiefer liegen als bisher. Die Bauweise ist also auch für London neu und dort gleichfalls, jedoch in 10 Versuchsausführungen, in Betrieb. Die „Boog“ hat eine ähnliche Karosserie in eigenen Werkstätten auf ein Chicagoer Fahrgestell bauen lassen und wird weitere auf einigen der neuen 200 Fahrgestelle in den nächsten Monaten in Verkehr bringen. Diese Anordnung soll zunächst im kommenden Winter erprobt werden. Die vier ausländischen Wagen sind sämtlich mit Vollgummi bereift. Die Versuche mit Luftreifen werden trotz alledem immer wieder genau geprüft.

## Die Verfassungsfeier in Berlin.

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat die Verfassungsfeier in Berlin, zu der auch zahlreiche Vertreter österreichischer Republikaner erscheinen werden, zur Bundesfeier erklärt. Die Ansprache auf der großen Wiese in Treptow wird der Bundesvorsitzende, Oberpräsident Göring, halten.

Das Originalabzeichen für die Teilnehmer der Verfassungsfeier ist soeben fertiggestellt worden. Es besteht in einer bronzierten Metallplakette, die den Reichsadler und die Rechte Verfassungsfeier Berlin 1925 trägt. Das Abzeichen wird an schwarzrotgoldenen Band getragen. Ferner hat der Warenverkehr der Republikaner, Berlin W. 15, Pfalzburger Str. 8, eine entsprechende Stoc- und Fahnenplakette für die Verfassungsfeier hergestellt.

## Reisende Sittlichkeitsverbrecher.

Verbrecherische Individuen ganz besonderer Sorte sind der 32jährige Kaufmann Kellerhals und seine Geliebte, die 33jährige Katharine Berres, die wegen Sittlichkeitsvergehens strupelloser Art von den Kriminalbehörden gesucht werden. In einem eleganten Stöwerauto durchfährt das gemeingefährliche Paar das ganze Reichsgebiet. Die Berres lockte junge Mädchen an sich, indem sie Köchinnen, Hausmädchen oder Erzieherinnen suchte. Nach vollzogenem Engagement steigt das Paar mit seinem Opfer in irgendeinem Hotel ab, betäubt das gejagte Mädchen und vergewaltigt es auf nicht wiederzubegebende Weise. Ist das Risiko, die

Untat in der Stadt des Fanges vorzunehmen, zu erheblich, so fährt man mit dem Mädchen in eine andere Stadt. Man vermutet stark, daß diese Vampire auch einen großzügigen Mädchenhandel betreiben. Die Zentrale für Bekämpfung des Mädchenhandels beschäftigt sich ebenfalls mit dem Fall. Anzeigen sind aus Frankfurt a. M., Jülich, Köln sowie einer Anzahl anderer Orte eingelaufen.

## Böse Zungen.

### Verteilung zum Meineid.

Welche schlimmen Folgen ein allzu lockeres Mundwerk haben kann, mußte wieder einmal eine Frau erfahren, die sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Anstiftung zum Meineid in mehreren Fällen zu verantworten hatte. Es war eine Verhandlung, deren oft drastische Art den trüben Ausgang für die Angeklagte nicht voraussehen ließ.

Frau G. versteht bestimmt keine Sympathien für sich zu erwecken. Ihr Vorleben ist nicht einwandfrei. Oft hat sie auf der Anklagebank gesessen und dort geschimpft und geteilt. Mit Gefängnis mußte sie schon manche ihrer Taten büßen, einmal sogar mit Zuchthaus. Aber auch die Zeugin, eine Frau K., steht der Angeklagten in keiner Beziehung nach. Beide haben einmal besser zueinander gestanden. Wer sie aber jetzt gegeneinander „ausgehen“ hörte, der kann sich ein Bild von tiefem Haß und bitterster Feindschaft machen. Und wenn Frau K., vom Vorliegenden auf die Bedeutung des Eides aufmerksam gemacht, sich als eine streng an Gott glaubende Frau hinstellt, dann denkt man sich darüber sein Teil. Frau G. soll die Zeugin wiederholt aufgefordert haben, falsche Eide zu machen. Mit dem Ehemann der Angeklagten soll sie auf dessen Verlangen Ehebruch getrieben haben, um dann bei der Scheidung als Zeugin auftreten zu können. Frau K. bestreitet dies auf das entschiedenste, auch hierzu sei sie von der G. aufgefordert worden. So steht die Aussage gegen Aussage. Eine Beschimpfung folgt der anderen! So wenig Verständnis man für die Handlungsweise der Angeklagten aufbringen kann, wenig kann man sich aber damit abfinden, daß diese Zeugenaussage einen Menschen ins Zuchthaus bringen soll. Erst als noch ein anderer Zeuge unter seinem Eide behauptet, ebenfalls von Frau G. wiederholt zu falschen Aussagen vor Gericht verleitet worden zu sein, scheint das Schicksal der Angeklagten besiegelt. Noch einmal wehrt sie sich mit Händen und Füßen dagegen und bittet um Ladung weiterer wichtiger Entlastungszeugen. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Das Urteil läßt lange auf sich warten, und dann ... darf Frau G. nicht mehr nach Hause gehen ... In drei Fällen gilt sie der Verteilung zum Meineid für überführt, das Urteil lautet auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus!

## Die Lodenfleischer gegen das Zollkompromiß.

In den Kammerkassen, in der Teltower Straße, veranstaltete der Interessenverband der Lodenfleischer Groß-Berlins eine Protestkundgebung gegen das Zollkompromiß und gegen die Kontingentierung des Gefrierfleisches. In durchaus ruhiger und sachlicher Art führten die Referenten aus, daß durch die Hochschulzölle sich das Fleisch derart verteuern würde, daß die wenigsten Familien überhaupt noch in der Lage sein würden, Fleisch zu essen. Die Teuerung sei seit April katastrophal fortgeschritten, der Preis für Schweinefleisch hätte sich um 36 M. und für Rindfleisch um 12 M. pro Doppelzentner erhöht. Dazu käme jetzt noch der neuen Zollvorlage ein Zuschlag von 7 resp. 12 M. Die Zollvorlage, die nur ein Schutz der Landwirtschaft bedeute, sei durch das Steigen der Viehpreise unnötig geworden. Da der Fleischzoll die Lebenshaltung stärker beeinflusse als der Brotzoll, könne man nach Inkrafttreten der neuen Zollsätze bestimmt mit einer Verdoppelung des Teuerungssindes rechnen. Mit Entschiedenheit, an Hand von Statistiken, wiesen die Referenten nach, daß nicht der Fleischer, an der Verteuerung des Fleisches schuld sei, sondern der Landwirt, der die Preise für lebendes Vieh gegenüber der Vorkriegszeit um 110 Proz. gesteigert habe. Am schlimmsten sei aber der Zoll auf Gefrierfleisch, der den Import überhaupt unmöglich mache. Zölle solle nur das Kontingent sein, das bereits früher eingeführt worden sei. Hier sei der Zollkompromiß voll zu fuhangeln. Das Gefrierfleisch solle wieder durch die Kommune an Minderbemittelte zur Verteilung kommen. Damit wäre der Grund zu einer neuen Zwangswirtschaft gelegt, und wo läge denn überhaupt die Grenze des Minderbemittelten. Der neue Zolltarif sehe eine Erhöhung des Preises für Gefrierfleisch um 45 M. pro Doppelzentner vor, damit sei jeder Import unterbunden. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie zum Ausdruck brachte, daß die neuen Fleischzölle nicht nur dem Fleischerergernisse ungeheuren Schaden brächten, sondern auch das deutsche Volk in neue Verelendung führen würden.

## Christliche Weltkonferenz in Stockholm.

Vom 19. bis 30. August soll in Stockholm eine Weltkonferenz der christlichen Kirchen stattfinden. Der Träger dieser Idee ist der vom schwedischen Erzbischof Soederblom geleitete Weltbund für praktisches Christentum. Der evangelistische Pressestelle gab diese künftige Konferenz den Anlaß, zu den instruktiven Vorträgen der Herren Konfessionsrat Scholz und Professor Dehmann einzuladen. Bemerkenswert ist der Versuch, alle Konfessionen und Sekten der protestantischen Kirche in grundlegenden ethischen Fragen zusammenzufassen und das Bestreben, sich eine internationale zu schaffen. Auch die griechisch-katholische Kirche wird ihre Vertreter senden, was mit auf ihren fast vollständigen Zusammenbruch in Kleinasien zurückzuführen sein soll. Die römisch-katholische Kirche wird nur Beobachter senden. Auf der Konferenz in Stockholm soll die Stellung der Kirche zu sechs Hauptthemen behandelt werden, von denen besonders die Frage „Industrie und Volkswirtschaft“ (die anglistische Formel: Industrie und Eigentum), „Die soziale und moralische Frage“ und „Die internationalen Beziehungen der Völker“ Interesse haben. Die einsichtigen Kräfte im deutschen protestantischen Lager drängen nach Aktivierung und internationalem Zusammenbruch, nach einem Taktbündnis, weil sie darin den einzigen Ausweg sehen, der Laubst und Interesslosigkeit ihrer einzelnen Glieder zu begegnen. Daß auf dem Kongress auch englische Arbeiterführer wie Ramsay MacDonald und James Brown über internationale und soziale Fragen sprechen werden, erklärt sich aus der orthodoxen Einstellung mancher englischen Arbeiterführer. Wie weit der Kongress zu einer Aktivierung der verschiedenen und insbesondere der deutschen Kirchen führen, wie weit er klar und eindeutig zu den sozialen Fragen Stellung nehmen wird, das sind Fragen, die eines tieferen Interesses nicht entbehren.

## Noch zwei Todesopfer des Sonntags.

Die Zahl der gemeldeten Opfer, die durch Ertrinken den Tod in den Fluten fanden, hat sich auf 10 erhöht. Im Wandlitzsee ertrank ein etwa 20jähriger junger Mann, dessen Leiche noch nicht geborgen werden konnte, sowie ein 43jähriger Knabe, der in eine Untiefe geriet. Ein weiterer Ertrunkener, der rechtzeitig geborgen wurde, konnte nach Stundenlangem Bemühen ins Leben zurückgerufen werden. Die eingetretene Abkühlung wird hoffentlich dafür sorgen, daß diese Todeserfordnisse nicht noch überstiegen werden.

75 Jahre wurde am 27. Juli der Genosse Otto Sopp, Reinholdstr. 52, Sommerstraße 52. Seit 40 Jahren ist dieser Arbeiterbeteran Parteimitglied. Viele Genossen werden ihn kennen, da er seit Jahren am Babnhof Schönholz mit dem „Vorwärts“ handelt, um zu seiner spärlichen Rente noch etwas zu zuverdiene. Wir gratulieren unserem alten Genossen.

